

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Saben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werkstätige Volk**

Verlagsamt: Schönl. Staatsb., Dresden.  
Verleger: Arbeiter, Knoschen  
und Seemann, R.-G., Dresden.  
Verleger: Knoschen, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Einzahl von Einzahlungen ist es auch ohne Einzahl der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit der täglichen Unter-  
stützungsbilanz: Vierteljahr 2,80 RM., halbjährlich 5,60 RM., jährlich 11,20 RM.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorferstr. 10. Fernsprecher Nr. 2321.  
Geschäftsstelle: Bettendorferstr. 10. Fernsprecher Nr. 2321 und 1297.  
Geschäftszeiten von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 10 mm breite Neupapierzei-  
tung 30 Pf., die 10 mm breite Metallzeitung 200 Pf. für einseitige  
Anzeigen 40 Pf., und 120 Pf. für einseitige Anzeigen und Wer-  
bekunde 40 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 237

Dresden, Dienstag den 9. Oktober 1928

39. Jahrg.

## Politik oder Revolver?

Es war voraussehen, daß die reaktionäre Presse den kommunistischen Handstreich auf den Berliner Kundsturm mit dem Namen „Sofistenstreik“ gegen die Sozialdemokratie, bravo, der Kommunisten! So ähnlich klingt's aus den Zeilen der Berliner Hofschichtpresse. Wir sind der Meinung, daß politische Handstreichaktionen durchaus gesund sein können, und es gibt Streiks, die fruchtbarer wirken, als hundert Zeitartikeln. So der Streik des Schusters Voigt, der mit seiner köpferlichen Rathhaus-  
den ganzen preußisch-deutschen Militarismus blamierte. So die Hochstapelei Harry Tomelass, der damit den Byzantinismus des deutschen Interkanals bis auf die Knochen bloßstellte. Hier wurden Dutzende, hier wurden Hunderte getroffen. Wen trifft der kommunistische Anschlag? Einen Angestellten des Berliner Kundstums und einen sozialdemokratischen Kämpfer. Das stempelt zu manchen kommunistischen Streik, der als wagemutiges Etüden angehen werden könnte, zur unglücklichen Parodie oder zum gemeingefährlichen Banditen-  
daß damit kein System getroffen wird, sondern nur irgendeine Sensation beabsichtigt war, oder daß es, wie jetzt der Berliner Anschlag, ein triviales Spiel mit dem Leben anderer bedeutet, und daß das Ganze auf Kosten der Arbeiterbewegung geht.

Leute, die dem verfeinerten Utopismus und Butschismus ergeben sind wie die Jünger Roskows, mögen das Wort nennen. Sie sehen darin wahrscheinlich so etwas wie revolutionäre Gymnastik, „direkte Aktion“, politische Feuer-  
vor der Revolution. Weil sie mit den Waffen der Demokratie nichts anzufangen wissen, da sie ihrem Ziele, dem Bürgerkrieg, in den letzten fünf Jahren keinen Schritt näher gekommen sind und ihre Anhänger allmählich ungläubig werden müssen sie ihr fruchtloses Treiben mit ein bißchen „direkter Aktion“. Es ging los mit Brauns' Befreiung aus dem Moabitler Untersuchungsgefängnis. Kürzlich eine „direkte Aktion“: der gefangene Kommunist Neumann wurde, als er zur Untersuchung in eine Leipziger Klinik gebracht worden war, von Gefinnungsgegnern be-  
und nun die Revolverei gegen den sozialdemo-  
kratischen Redakteur in Berlin! Es fehlen nur noch „An-  
gegen das kapitalistische Eigentum“ — und wir haben die lächerliche Kopie anarcho-kommunistischer Methoden oder schichtlicher Revolverei.

Die Geschichte hat betrieften, daß in Ländern von einigermaßen geistiger Staatsordnung für solche revolutionäre Anschläge kein Platz ist, am allerwenigsten in Deutschland. Die Arbeiterbewegung wird damit nur vom organisierten sozia-  
lischen Befreiungskampf abgelenkt. Es sind die Mittel ver-  
weirter Panfaktoren, die weder zu wenig sind die Befreiungen geistiger Auseinandersetzungen abzuwarten, noch Zeit zum Warten haben. Die KPD wird von Sowjet-  
trüben geht. Die Sowjetfaktoren brauchen greifbare Erfolge: sie bilden sich ein, durch dauernde mitteleuropäische Herrschen kapitalistische Staaten mottuzulegen. Sie sind von

diesem Dogma immer noch nicht geheilt — und das ist das Unglück der gesamten mitteleuropäischen Arbeiterbewegung.

Im Kleinen und im Großen, an der Beschämung von Fenstern des Dresdner Volkszeitungsgebäudes, wie an dem Berliner Anschlag ersieht man, daß die putschistischen Methoden der Kommunisten immer mehr in Stumpfheit oder gemeingefährlichen Parletinaden verjähren. Welch eine Entwicklung von Rosa Luxemburg bis zum Rundfunkputzler Schulz! Wer zweifelt wohl daran, daß eine Rosa Luxemburg, die in Briefen an Karl Liebknecht schon den Spartakusunruhen in Berlin widerriet, nicht mehr bei dieser Meute sein würde, wenn sie noch lebte? Wer ist sich wohl im Zweifel darüber, daß die alten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, die Rebel, Auer, Wilhelm Liebknecht, jede Gemeinschaft mit diesen Kintopp-  
romantikern abgelehnt hätten!

Die Sozialdemokratie feiert in den nächsten Wochen die fünfzigste Wiederkehr jenes Tages, an dem Bismarck das Sozialistengesetz über die aufstrebenden Arbeiter verhängte. Damals nahmen unsere Märtyrer den Kampf auf gegen ein schandbares, brutales Polizeisystem, gegen einen absolutistischen Staat, sochten mit Witz und Tapferkeit, mit Zähigkeit und Heroismus, kämpften zwölf Jahre lang, bis das Schandgesetz fiel. Wann und wo haben sie Revolver gegen die eigenen Klassen-  
genossen gezückt? Wann und wo haben sie Wildwech-  
kreide gegen Vertreter von Arbeitermassen unternommen, die sich zum sozialistischen Endziel bekannten? Welch ein Unterschied zwischen diesem heroischen Kampf gegen absolutistische Polizeimächte und Rechtslosigkeit — und dem kommunistischen Geheiß gegen Republik, Demokratie, Sozialdemokratie!

An Stelle des Geistes steht hier der Revolver. Führer mit geistigen Leistungen, Namen, die einem auf die Lippen kommen könnten, wenn man noch Repräsentanten der KPD sucht, fehlen dieser Partei. Kadel war kein Großer, aber er bleibt ein Gigant neben den Mittelmäßigkeiten und Kullen, die heute in der KPD, vorausstehend Parteileitung spielen! Der letzte Kopf war Wählow. Er mußte weg, weil die Moskauer Diktatoren selbständige, begabte Köpfe nicht dulden können. Die geistige Minderwertigkeit triumphiert — darum die Verleumdung kommunistischer Politik, darum Korruption, politische Kinosensation und blutrünstige Revolverei.

Arbeiter mit Selbstgefühl und Massenbewußtsein müssen sich von diesem Sumpfe mit Ekel abwenden!

### Aus Schulz' tapferer Vergangenheit

Der kommunistische Abgeordnete des Preussischen Landtags, Schulz, der am Sonnabend das Stickschirm im Berliner Kundsturm beschloß, hat schon einmal rühmlich von sich reden gemacht, als er in Stettin als Angestellter der KPD tätig war. Es war im

Juli 1919, als Schulz auf dem Schloßhof in Stettin eine Versammlung einberufen hatte, zu der etwa 700 bis 800 Personen erschienen waren. Schulz sprach von einem Balkon aus zu den Versammelten, als plötzlich Schüsse krachten und Bombardaten gemorcht wurden, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden. Es waren einige aus dem Volkstum zurückgekehrte Banditen, die unter Führung des berühmten Hauptmanns Boensgen die Versammlung sprengten. Als der erste Schuß krachte, verschwand Schulz vom Balkon, ließ die von ihm organisierte Versammlung im Stich und wurde bis auf weiteres nicht mehr gesehen. Später wurde der tapferer Rebel Schulz auf dem Hofe verhaftet aufgefunden, wo er in Angst und Zagen abwartete, bis die Gefahr vorüber war. Auch während des Kapp-  
Zugzwanges spielte Schulz eine ähnliche lächerliche Rolle. Als es brenzlich wurde, plazierte er sich so günstig, daß er von der Reichswehr in Schutzhaft genommen werden mußte.

## Wohnung und Land

### Die Forderungen der organisierten Mieter

Am 6. und 7. Oktober d. J. tagte in Dresden der Bundesauschuß des Bundes Deutscher Mietervereine, E. V. S. in Dresden, und nahm zur mündlichen Gestaltung des Wohnrechts und des Aufkommens aus der Verwendung der Hauszinssteuer Mittel Stellung.

Ueber die Auswirkungen der Forderungsverordnung in Preußen soll eine Denkschrift an die preussische Staatsregierung und an die Fraktionen des Landtags eingereicht werden.

Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig gefaßt:

1. Der Bund Deutscher Mietervereine, E. V. S. Dresden, er-  
wartet von der Reichsregierung und dem Reichstag:  
a. Unbedingte Aufrechterhaltung der Mieterverbände  
— 200.000, 200.000, 200.000 — bis zur Schaffung eines sozialen Miet-  
rechtes als Dauerrecht.  
b. Bedingte Einbringung und Verabschiedung des Boden-  
reformgesetzes (Wohnungsreformgesetz).  
c. Reichsgerichtliche Klärung der Grundbesitzer als Grund-  
lage der Finanzierung eines sozialen Wohnungsbaus.  
d. Klärung und Durchführung eines Wohnungsreform-  
programms auf weite Sicht zur planmäßigen, raschen und durch-  
greifenden Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungsleudes.
2. Der Bund Deutscher Mietervereine, E. V. S. Dresden,  
mündet sich mit Entschiedenheit gegen die Reichslandrenten, die trotz  
unverminderter anhaltender Wohnungsnot Anträge auf Vorkauf und  
übernahme der selbständigen Mieterverbände und den Abbau der Haus-  
zinssteuer aus dem Bundesgesetz gestellt haben.  
Der Bund erwartet deshalb von der gesamten Mieterschaft,  
daß sie auch bei künftigen Wahlen, wie im Mai 1928, diesen Parteien  
die Gefolgschaft verweigert.

Man muß dringend wünschen, daß unsere Genossen in der Reichsregierung ihr äußerstes tun, um diese Wünsche zu erfüllen und zunächst einmal die nötigen Vorlagen an den Reichstag bringen, damit dort der Kampf aufgenommen werden kann. Die Fragen, um die es sich hier handelt, ge-  
hören zum Bereich von Ministerien, an deren Spitze zur Zeit Sozialdemokraten stehen. Die Einbringung des Boden-  
reformgesetzes ist Sache des Reichsarbeitsministe-  
riums. Dieses Bodenreformgesetz soll vor allen Dingen die Aufgabe haben, in Zukunft der Preisereberei beim Grund und Boden entgegen zu wirken. Es soll den Gemein-  
den eine großzügige Bodenvorratswirtschaft ermög-  
lichen, damit jederzeit billiges Land zum Bau von Woh-  
nungen zur Verfügung steht und die Mieter nicht unangemes-  
sen dadurch belastet werden, daß sie die Zinsen hoher Landpreise mit ihren Mieten decken müssen. Mit der Ein-  
bringung des Bodenreformgesetzes darf nicht gespart werden. Die Bodeninflation ist allenthalben am Wert und je länger man sie frei gewähren läßt, um so größer ist die Gefahr, daß die Bevölkerung auf Jahrzehnte hinaus mit hohen Tributen belastet wird, die den Bodenbesitzern in die Tasche fließen.

Von großer Wichtigkeit ist auch die zukünftige Gestalt-  
ung der Mietzinssteuer. Unter der früheren Regierung wurde eine Vorlage ausgearbeitet, die das Ziel hat, die Mietzinssteuer zu einem großen Teil abzubauen. Würde dieser Plan verwirklicht, so erhielten die Hausbesitzer ein Milliarden Geschenk. Sie würden in ganz unberechtigter Weise gegenüber ihren Hypothekengläubigern bevorzugt, die nur einen kleinen Teil ihres Kapitals durch die Aufwertung wieder erhielten. Es wäre nicht zu verstehen, wenn das Reichsfinanzministerium die Vorlage über die Regelung der Mietzinssteuer jetzt in der Form dem Reichstag vorlegte, wie sie unter der alten Regierung erhielt. Wenn man die Miet-  
zinssteuer abbauen will, dann muß dieser Abbau den Mietern zugute kommen. Sollen aber die Mieter die jetzige Höhe behalten, so dürfen die Hausbesitzer nicht befreit werden als ihre Hypothekengläubiger und es muß dafür gesorgt werden, daß der Unterschied zwischen dem, was bei Anwendung dieses Grundgesetzes den Hausbesitzern zukommt und den wirklich gezahlten Mieten dauernd der All-  
gemeinheit zufließt. Ein Abbau der Mietzinssteuer zu Gunsten der Hausbesitzer würde besonders deswegen eine schwere Gefahr für das deutsche Volk sein, weil für absehbare Zeit die Erträge dieser Steuer für den Wohnungsbau nicht zu entnehmen sind. Deshalb bedeutete ein Abbau der Mietzinssteuer in der geplanten Weise geradezu eine Ver-  
emigung der Wohnungsnot in Deutschland. Hoffentlich sorgt der Finanzminister, Genosse Giffert, dafür, daß das Gesetz über die Hauszinssteuer den ge-  
gebenden Körperschaften von vornherein in einer Fassung vorgelegt wird, die den berechtigten Wünschen der Mieter und Wohnungslosen entspricht.

### Der neue kommunistische Kurs



Nieder mit Karl Marx! Es lebt Karl Marx!